



6. Jahrgang • Nr. 36

Februar 2006

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

EDITORIAL

- 2 Die Gesundheitsreform: ein Kompromiss mit Licht und Schatten
Von Martin Dörmann, MdB

HOMEPAGE

- 3 Relaunch: Homepage in neuem Gewand
- 4 Neu eingestellt: Register und Jahrbuch 2006, Info-Broschüre 2007

WAHLKREIS

- 4 Neujahrsempfang der SPD Porz/Poll mit Ute Schäfer (Bericht)

KÖLN

- 5 Ratsfraktionen einigen sich auf gemeinsamen Haushalt

NRW

- 6 Hannelore Kraft neue SPD-Vorsitzende

BUNDESTAG

- 7 Neues Telemediengesetz (TMG) verabschiedet
- 7 Bundestagsrede von Martin Dörmann zum neuen Telemediengesetz (TMG)
- 9 Gastbeitrag von Elke Ferner zur Gesundheitsreform
- 11 Positive Entwicklung der Kommunalfinanzen
- 12 SPD will neue Impulse für benachteiligte Gruppen auf dem Arbeitsmarkt schaffen

SPD-PROGRAMMDEBATTE

- 14 Vorstand verabschiedet Programmentwurf

- 14 Fahrplan für Programmdebatte

- 16 Beitrag von Prof. Peter Bofinger zur Programmdebatte (Reihe „100 kluge Köpfe“)

SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 19 Vorgestellt: Hannelore Kraft

INFOS UND IMPRESSUM

- 20 Sitzungswochen 2007, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Impressum



Hannelore Kraft neue Landesvorsitzende

An der Spitze der NRWSPD steht jetzt eine Frau: **Hannelore Kraft** wurde auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Bochum am 20. Januar zur neuen Vorsitzenden gewählt. Mit fast 96 Prozent der Stimmen gaben die Delegierten der Mülheimerin einen deutlichen Vertrauensbeweis. **Kurt Beck** gehörte zu den ersten Gratulanten (Portrait auf Seite 19).

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 2.2.2007

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



Die Gesundheitsreform: ein Kompromiss mit Licht und Schatten

Konkrete Verbesserungen für Patienten – langfristige Finanzierung bleibt offen

Liebe Leserinnen und Leser,

am 2. Februar hat der Bundestag die Gesundheitsreform beschlossen. Ich habe am Ende zugestimmt, weil die Reform unter dem Strich gegenüber der heutigen Lage - trotz mancher Unzulänglichkeiten - ein Schritt nach vorne ist. Denn sie bringt viele konkrete Verbesserungen für Patienten und Versicherte.

Nicht zufrieden bin ich wie fast alle Sozialdemokraten mit dem Finanzierungsteil der Reform. Weitgehend unbestritten ist, dass die Ausgaben für unser Gesundheitswesen steigen werden. Denn der medizinische Fortschritt und ein immer größer werdender Anteil älterer Menschen führen zu höheren Kosten. Deshalb brauchen wir eigentlich eine langfristig angelegte Finanzreform. Sie muss sicherstellen, dass die Finanzierung gerecht (nach Leistungsfähigkeit) erfolgt, möglichst ohne die Arbeitskosten zu erhöhen. In diesem Sinne kämpft die SPD für das Ziel der solidarischen Bürgerversicherung, die alle Berufsgruppen und zusätzliche Einkommensarten angemessen in die solidarische Finanzierung unseres Gesundheitssystems einbeziehen soll.

Es war klar, dass die Bürgerversicherung mit der Union, die das gegenteilige Konzept der Kopfpauschale verfolgt, derzeit nicht zu verabreden ist. Dennoch hätte man aktuell Beitragssteigerungen vermeiden können, wenn man den nunmehr auf den Weg gebrachten Gesundheitsfonds mit einem größeren Steueranteil ausgestattet oder auf eine Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge verzichtet hätte. Die SPD hätte auch gerne die private Krankenversicherung noch stärker in das solidarische Gesundheitssystem einbezogen. All das war leider mit der Union nicht umzusetzen.

Immerhin wurde nun gesetzlich festgeschrieben, dass der Steueranteil zunächst 2,5 Milliarden Euro beträgt und ab dem Jahr 2009 jährlich um 1,5 Milliarden Euro aufwächst, bis zu einer Zielgröße von rund 14 Milliarden Euro. Die SPD wäre hier gerne schneller vorangekommen. Eine höhere Steuerfinanzierung ist vor allem an den Unions-Ministerpräsidenten gescheitert, die über den Bundesrat hätten zustimmen müssen. Dieser Umstand offenbart noch einmal eine besondere Problematik: Auch nach der Föderalismusreform ist unser föderales System in der heutigen Form ein Hindernis für Reformen aus einem Guss. Das haben wir auch unter rot-grüner Regierung immer wieder erleben müssen. Die hieraus resultierenden Kompromisse sind dann oft nur für Fachleute überschaubar und

schwer zu vermitteln. Trotzdem müssen wir auch unter diesen erschwerten Umständen am Ende in der Großen Koalition zu Entscheidungen kommen. Ein Scheiternlassen wäre unverantwortlich gewesen.

Es geht nämlich in der Fokussierung auf die wichtigen Finanzfragen leider meist unter, dass die Gesundheitsreform zu ganz konkreten Verbesserungen für die Menschen führt. Die Strukturreformen sind sozialdemokratisch geprägt. Die zahlreichen positiven Maßnahmen reichen von der Einführung einer Kosten-Nutzen-Bewertung und stärkeren Preisvereinbarungsmöglichkeiten zur Begrenzung der Arzneimittelkosten über Verbesserungen bei der Prävention und der integrierten Versorgung bis hin zu mehr Wahlmöglichkeiten für gesetzlich Versicherte. Gerade für Ältere, Krebskranke und Behinderte wurde viel erreicht. In Zukunft wird zudem

niemand mehr ohne Krankenversicherungsschutz sein. Private Krankenkassen müssen zukünftig einen Basistarif ohne Gesundheitsprüfung und Risikoabschlag anbieten. Der Wettbewerb wird dort durch die Mitnahmemöglichkeit für Altersrückstellungen gestärkt. Bei den gesetzlichen Krankenkassen wird ein solidarischer Risikostrukturausgleich durchgeführt. Auch konnte die SPD die Versuche der Union abwehren, erhebliche Leistungseinschränkungen durchzusetzen. Die medizinisch notwendige Versorgung für alle – unabhängig vom Geldbeutel – wird damit gesichert.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten: Die Gesundheitsreform hat Licht und Schatten, ist aber besser als ihr Ruf. Sie ist ein schwieriger Kompromiss zwischen zwei Koalitionspartnern, die von grundlegend unterschiedlichen Vorstellungen im Hinblick auf die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitssystems kommen. Was die Menschen von uns erwarten durften, war, dass man sich dennoch auf einen tragfähigen Kompromiss verständigt – trotz aller Widerstände der vielen Lobbygruppen unseres komplexen und vermachten Gesundheitssystems. Auch diese Gesundheitsreform ist letztendlich nur ein Zwischenschritt. Für die SPD ist klar: Unser Modell einer solidarischen Bürgerversicherung bleibt weiter auf der Tagesordnung.

Herzlichst

Ihr



Homepage von Martin Dörmann präsentiert sich in neuem Gewand

Relaunch bringt mehr Übersichtlichkeit und zusätzlichen Nutzwert

Martin Dörmann hat seinen Internetauftritt umgestaltet. Seit Ende Januar präsentiert sich die Homepage den Besucherinnen und Besuchern in neuem Gewand. Mit einem freundlichen Design und vielen Informationen rund um seine politische Arbeit als Volksvertreter in Köln und Berlin lädt er zum Besuch auf seinen Seiten ein (www.martindoermann.de).

„Mir ist es wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern ein Optimum an Service und Aktualität zu bieten“, so Martin Dörmann: „Jeder kann mit wenigen Mausklicks zu interessanten politischen Themen finden.“ Die Informationspalette reicht von Hinweisen zu seinen Aktivitäten im Kölner Wahlkreis (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt) bis hin zu seiner vielseitigen Arbeit in Berlin, insbesondere zu seinen Schwerpunktthemen Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Neue Medien.

Die tabellenfreie und damit barrierearme Programmierung des neuen Auftritts gewährleistet schnelle Ladezeiten. Damit wird auch Besuchern, in deren Wohnlage kein schnelles Internet verfü-

bar ist oder die mobile Netze wie UMTS als Zugang nutzen, eine angemessen schnelle Durchsicht der Webseiten ermöglicht. Erstmals integriert wurde eine praktische Suchfunktion. Beibehalten werden bewährte Angebote wie die Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“, die abonniert werden kann.

Eine weitere Neuerung erfuhren Martin Dörmanns online verfügbare Fotoalben. Mit dem neuen Internetauftritt und der zeitgemäßen Speicherung der Bilder in der Fotocommunity Flickr gestaltet sich die Durchsicht von Alben noch einfacher und komfortabler. Weiteres Highlight ist die Bereitstellung der neuesten Meldungen als RSS- und Atom-Feed. Mit einem geeigneten FeedReader, der in allen modernen Internetbrowsern integriert ist, können die interessierten Besucherinnen und Besucher die neuesten Nachrichten von Martin Dörmann abonnieren und werden so jederzeit über seine Arbeit für Köln und den Bundestag informiert.

Ein Blick auf die Homepage www.martindoermann.de lohnt sich also.

Martin Dörmann
Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Home
Wahlkreis Köln
Bundestag Berlin
Persönliches
Fotos
Texte und Reden
Links
Kontakt

Suche

Herzlich willkommen!
Auf diesen Seiten können Sie mehr über mich und meine politische Arbeit als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I erfahren. Meine Schwerpunktthemen im Bundestag in Berlin sind Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Neue Medien. Ich bin Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion.
Wenn Sie meine Wahlkreiszeitung "Berlin Depesche" abonnieren, werden Sie von mir regelmäßig über aktuelle Themen informiert. Bei konkreten Anliegen können Sie sich gerne über eines meiner Büros in Köln und Berlin persönlich an mich wenden.
Ihr Martin Dörmann

Aktuelle Texte und Berichte

Pressemitteilung - Berlin, 18. Januar 2007
Neues Telemediengesetz schafft mehr Rechtssicherheit im Internet
Zur Verabschiedung des neuen Telemediengesetzes (TMG).
Pressemitteilung als Download
[mehr...](#)

Rede, 18. Januar 2007
Bundestagsrede zum neuen Telemediengesetz
Rede von Martin Dörmann in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2007.
Rede als Download
[mehr...](#)

Papier, 10. Januar 2007
Info-Broschüre 2007
Informationen über Martin Dörmann, seinen Wahlkreis, die Arbeit im Bundestag und das Arbeitsteam.
Info-Broschüre 2007

Papier, 9. Januar 2007
Jahrbuch 2006
Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahre 2006.
Jahrbuch 2006

Berlin Depesche
Wahlkreiszeitung
Nr. 35 (Dezember 2006)
Nr. 34 (Oktober 2006)
Nr. 33 (Juli 2006)
Register 2006
Frühere Ausgaben
Abonnement

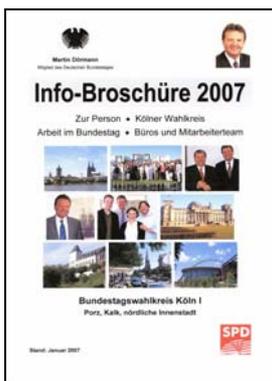
Dokumente
Info-Broschüre 2007
Jahrbuch 2006
Weitere Dokumente

Archiv
Texte und Berichte 2006
Homepage 2002-2006
Weitere Archive

SPD

Neue Startseite mit verändertem Titel, der sich jetzt auch auf der Seite 1 der Berlin Depesche wieder findet.

Folgende Informationen sind auf der Startseite abrufbar:



Info-Broschüre 2007

Allgemeine Informationen über Martin Dörmann, den Wahlkreis, die Arbeit im Bundestag und das Mitarbeiterteam



Jahrbuch 2006

Dokumentation über die Arbeit als Bundestagsabgeordneter im Jahr 2006



Register 2006

Auflistung sämtlicher in den Berlin Depeschen 2006 erschienenen Artikel

WAHLKREIS

Neujahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Ute Schäfer: Bildungspotentiale für optimale Leistung entwickeln – Kritik an der Schul- und Bildungspolitik von Jürgen Rüttgers

George Gershwin's „Summertime“, gespielt von der Jazz-AG des Stadtgymnasiums, sorgte für minutenlangen Beifall, ehe **Ingo Jureck**, Vorsitzender des SPD-Stadtbezirks Porz-Poll, den 27. Arbeitnehmerempfang eröffnen konnte. Nach seinen Worten hat der SPD-Stadtbezirk bewusst das Thema Bildung ausgewählt. Gleiche Bildung für alle forderten auch die Hauptredner des Abends, zum einen **Ute Schäfer**, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im NRW-Landtag, und zum anderen **Jochen Ott**, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Köln. Beide Redner übten scharfe Kritik an der Schulpolitik der Regierung Rüttgers, die unter anderem die Landesmittel für die Kindertagesstätten um zehn Prozent gekürzt hat.

Zum gut besuchten Neujahrsempfang der SPD Porz/Poll begrüßte Ingo Jurek zudem zahlreiche Ehrengäste, so Bürgermeisterin **Elfi Scho-Antwerpes**, den SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Dörmann** und dessen Vorgänger **Volkmar Schultz**, den SPD-Landtagsabgeordneten **Stephan Gatter**, den ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten **Friedhelm Lenz** und den Vorsitzenden des Porzder Handwerks, **Peter Schumacher**. Im Mittelpunkt der Rede von Jochen Ott stand die Familien- und Bildungspolitik. Nach seinen Worten konnte in Köln die Qualität der Kinderbetreuung von fünf Prozent im Jahre 2004 auf zehn Prozent im Jahre 2006 verbessert werden. Ott wörtlich: „Wir wollen 2009 20 Prozent erreichen.“



Jochen Ott, Ute Schäfer und Martin Dörmann (v.l.) erhielten Karnevalsorden vom Porzer Dreigestirn

Für die Bildung habe der Wettbewerb um die Zukunft längst begonnen, meinte Ute Schäfer. „Wissen ist wichtig für die Teilhabe am Leben“, erklärte die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im NRW-Landtag. Und das Wachstum beim Wissen sei unendlich. Die Landespolitikerin forderte Gebührenfreiheit von der Kindertagesstätte bis zum ersten Hochschulstudium. Das durch das Kinderminus eingesparte Geld müsse im System belassen werden.

Für die Karnevalisten kam der Höhepunkt des Neujahrsempfangs zum Schluss: Der Besuch des Porzer Dreigestirns, das der stellvertretende Bezirksbürgermeister **Hans-Gerd Ervens** mit launigen Worten begrüßte.

Ratsfraktionen einigen sich auf gemeinsamen Haushalt

CDU und FDP stimmen dem von SPD und Grünen geprägten Etat 2007 zu

„Diese breite Mehrheit für den Haushalt 2007 ist ein deutliches Signal: Kölns Stadtpolitik geht eindeutig auf Kurs für eine kinder- und familienfreundliche Stadt, ist sozial, fördert die Lebensqualität und investiert in Strukturen für Bildung, Kultur, Sport und insbesondere zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts. Das Kernbündnis aus SPD und Grünen ist seinem Führungsanspruch gerecht geworden, die Kölner Kommunalpolitik ist trotz schwieriger Mehrheitsverhältnisse im Rat absolut handlungsfähig. Auf dieses Ergebnis sind wir schon stolz“, so fassten die Fraktionsspitzen von SPD und Grüne das Ergebnis der Haushaltsverhandlungen am 26. Januar zusammen.

SPD und Grüne hatten dazu auf der Basis eines gemeinsamen Vorschlags Gespräche mit FDP und CDU geführt. Am Ende stand die breite Mehrheit für den Etat 2007 fest. Der Haushalt 2007 ist am 29. Januar im Finanzausschuss des Rates beraten worden und wird am 13. Februar im Stadtrat verabschiedet.

SPD und Grüne bringen ein gemeinsames Änderungs paket zum Haushalt ein. Auch CDU und FDP werden Vorschläge beantragen. Zudem wird es einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen – vorwiegend zu den Veränderungen im Kulturretat – geben. Entgegen dem Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters sollen mit den Veränderungen im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt insgesamt Positionen in einer Höhe von rund 16,4 Millionen Euro umgeschichtet werden. Diese Änderungen bewegen sich im Gesamtrahmen des vorgelegten Entwurfs, führen also zu keinen Mehrausgaben durch die politischen Zieljustierungen der Fraktionen. Unter dem Strich wird der Stadthaushalt 2007 ausgeglichen sein. Die politische Schwerpunktsetzung durch die Fraktionen von SPD und Grünen macht etwa 14,5 der 16,4 Millionen Euro an Veränderungen im Etatentwurf des Oberbürgermeisters aus.

Martin Börschel, MdL, Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Der Haushalt 2007 wird die klare Handschrift unseres Kernbündnisses tragen: Stärkung der sozialen und familiendienlichen Strukturen, Stärkung des Jugend- und Schulbereichs, Stärkung des Wirtschafts- und Arbeitsplatzes Köln durch Investitionen und Strukturausbau. Das sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten, langfristig angelegten Stadtpolitik der Kölner Sozialdemokratie. Wir haben unsere politischen Zielvorstellungen zu 100 Prozent im Etatentwurf realisiert. Rot-Grün verantwortet fast 90 Prozent der gesamten Veränderungen im Stadthaushalt.“

Barbara Moritz, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: „Das Wichtigste ist ein ausgeglichener Haushalt. Das ist uns gelungen! Verlässliche und berechenbare Politik ist machbar. SPD und Grüne haben Veränderungen vorgenommen, ohne das Haushaltsvolumen aufzublähen. Im Kulturretat kann sich besonders die Freie Szene freuen, deren Ansatz um insgesamt drei Millionen Euro gestiegen ist. Im Jugend- und Sozialbereich stehen präventive Ansätze für Problemlösungen nun stärker im Vordergrund. Dabei wird die Arbeit der freien Träger, die das städtische Betreuungsangebot maßgeblich unterstützen, aufgewertet. Als Grüne sind wir besonders froh, dass wir die Mittel für Baumpflanzungen, Baum-, Park- und Grünpflege erhöhen konnten.“



Die Ratsfraktionen der Stadt Köln haben sich auf einen gemeinsamen Haushalt geeinigt

Martin Börschel: „Wir sind teilweise sehr detailliert an den Haushalt herangegangen. Wie inzwischen alle erkannt haben müssten, taugt das Gießkannenprinzip weder zum Sparen noch für eine nachhaltige Politik der Stadtentwicklung. Genau diese nachhaltige Politik wollen SPD und Grüne aber als Stadtpolitik für die Großstadt Köln zum Maßstab machen. Und das bedarf schon einer gewissenhaften und tief reichenden Befassung mit den Dingen!“

Barbara Moritz: "Wir haben dort gezielt Veränderungen im Haushalt vorgenommen, wo wir mit möglichst effizientem Mitteleinsatz die Infrastruktur Kölns verbessern können. Das betrifft Bildung und Betreuung, z.B. in der Offenen Ganztagschule, auch mehr Mittel z.B. für das NS-Dokumentationszentrum für Aufklärung gegen rechtsextreme Tendenzen. Wichtig ist uns die Einrichtung eines Drogenkonsumraums im Rechtsrheinischen. Und nicht zuletzt auch die Verbesserung der städtischen Handlungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung und z.B. auch bei der Medien- und Kulturwirtschaft. Finanzpolitisch ist Nachhaltigkeit und Konsolidierung weiter notwendig.“

Landesparteitag der NRWSPD in Bochum

Hannelore Kraft mit 95,6 Prozent zur neuen Landesvorsitzenden gewählt

Die NRWSPD hat eine neue Vorsitzende: Mit 95,6 Prozent sprachen die Delegierten auf dem außerordentlichen Parteitag der NRWSPD am 20. Januar Hannelore Kraft das Vertrauen aus. Die 45-jährige aus Mülheim an der Ruhr ist damit die erste Frau an der Spitze der Sozialdemokraten in NRW und außerdem die jüngste Vorsitzende in der Geschichte der NRWSPD.

Als das Ergebnis für Hannelore Kraft verkündet wurde, brandete großer Jubel durch die Jahrhunderthalle in Bochum. Viele Genossinnen und Genossen stürmten zur Bühne, um ihrer neuen Vorsitzenden, die sichtlich gerührt die Wahl annahm, zu gratulieren. Allen voran natürlich die Vertreter ihres Unterbezirks: Die Mülheimer waren geschlossen mit roten T-Shirts in der Halle erschienen. Darauf stand in großen Lettern zu lesen: „Kraft für NRW!“ Eine gelungene Aktion.

Kämpferische Rede begeisterte Delegierte

Schon vor der Wahl hatte es minutenlange Standing Ovations für Hannelore Kraft gegeben. Mit einer kämpferischen Rede voller Emotionen begeisterte sie die Delegierten. In klarer und deutlicher Sprache zeigte sie den Weg auf, der die SPD in NRW wieder zu politischer Stärke führen soll. **Franz Müntefering**, Bundesminister für Arbeit und Soziales hatte in seinem Grußwort bereits klargemacht: Mit der neuen Vorsitzenden sind der 22. Mai 2005 und die Niederlage bei der Landtagswahl endgültig vorbei. Außerdem richtete er seinen Dank an **Jochen Dieckmann**, Krafts Vorgänger im Amt. In der schwierigen Phase nach der Landtagswahl hat er die Partei nicht nur zusammengehalten, sondern wieder in sicheres Fahrwasser geführt.

Kraft betonte in ihrer Rede die Verdienste sozialdemokratischer Wirtschaft- und Strukturpolitik im Land. Die Regierung Rüttgers versuche dagegen, die Regionen in NRW gegeneinander auszuspielen: „Die Landesregierung will, quasi durch die kalte Küche, den Hahn für das Revier zudrehen. Dagegen müssen und werden wir entschlossen kämpfen!“ Wenn die Wirtschaftsministerin jetzt betone, dass der Strukturwandel beendet sei, zeuge das lediglich von ökonomischer Unkenntnis. CDU und FDP, die der SPD früher wahlweise Politik nach dem „Gießkannenprinzip“ oder aber die Konzentration auf „Leuchtturmprojekte“ vorgeworfen haben, würden heute im Revier noch nicht mal eine Taschenlampe zum Leuchten bringen.

Den Schlüssel für den Erfolg bei den Wahlen in 2009 und 2010 sieht Hannelore Kraft vor allem in

der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit: „In dieser Frage vertrauen die Menschen uns mehr als allen anderen Parteien. Sie bauen auf uns und das ist auch richtig so!“ Orientierung und Verlässlichkeit will sie auch in den Fragen der Bildungspolitik bieten.



Die neue SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft

Chancengleichheit auf allen Stufen der Bildungsleiter ist für sie dabei die zentrale Verpflichtung, dazu gehört vor allem die Freiheit von Gebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule. Eindeutig bekannte sie sich zum Modell der Gemeinschaftsschule. Längere gemeinsame Lernzeiten helfen allen Schülerinnen und Schülern, den Starken wie den Schwachen, so die neue Vorsitzende.

Klare Kante gegen Sozialabbau

SPD-Bundesvorsitzender **Kurt Beck**, Vizkanzler Franz Müntefering und Hannelore Kraft hoben die Bedeutung der Steinkohle für das Land NRW hervor. Auf die weitere Zusammenarbeit mit der neuen Vorsitzenden der NRWSPD freut sich Beck: „Hannelore war wichtig, ist wichtig und wird noch wichtiger werden.“

Hannelore Kraft will führen und sie hat ein klares Bild vor Augen, wo es für NRW und die NRWSPD hingehen soll. „Wenn wir nicht dafür sorgen, dass NRW ein Land bleibt, in dem die Menschen gleiche Chancen haben, in dem es sozial gerecht und menschlich zugeht, dann sorgt niemand dafür. Ich sage: Klare Kante gegen Sozialabbau und Ausgrenzung. Klare Kante gegen die schwarz-gelbe Losung ‚Freiheit vor Gleichheit‘. Klare Kante gegen eine Politik des ‚Privat vor Staat‘.“

Mit Tatkraft und Begeisterung soll es weitergehen: „Gemeinsam werden wir es schaffen, dass NRW nach der nächsten Landtagswahl wieder von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten regiert wird!“ Dem tosenden Applaus der Delegierten und Gäste nach der Rede ist vor allem eines zu entnehmen: Hannelore Kraft hat die Herzen der SPD-Mitglieder im Sturm erobert.

Neues Telemediengesetz schafft mehr Rechtssicherheit im Internet

Einheitlicher Rechtsrahmen für Tele- und Mediendienste

Der Bundestag hat am 18. Januar das Gesetz zur Vereinheitlichung von Vorschriften über bestimmte elektronische Informations- und Kommunikationsdienste (EIGVG) verabschiedet. Dessen Kernstück bildet das neue Telemediengesetz (TMG), das wesentliche Bestimmungen für das Internet enthält. Mit dem neuen Telemediengesetz wird erstmals ein einheitlicher, entwicklungsöffener Rechtsrah-

men im Bereich der Tele- und Mediendienste geschaffen.

SPD-Berichtersteller für das Gesetz ist **Martin Dörmann**. Nachfolgend dokumentieren wir seine Bundestagsrede zur 2/3. Lesung am 18. Januar.

Bundestagsrede von Martin Dörmann zum neuen Telemediengesetz

Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 18. Januar 2007

Frau Präsidentin!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die **Bedeutung des Internets** für Wirtschaft und Verbraucher nimmt täglich zu. Ende 2006 verfügten rund 68 Prozent der erwachsenen Deutschen über einen Internetzugang. Die Anwendungen im Internet sind vielfältig. Fast drei Viertel der deutschen Internetnutzer stellten Preisvergleiche an. 60 Prozent kauften Produkte und Dienstleistungen. 50 Prozent tätigten ihre Bankgeschäfte online. Millionen besuchen täglich Suchmaschinen und Internetforen. Allein bei Ebay sind in Deutschland 20 Millionen Mitglieder registriert. Dort werden alle 50 Sekunden eine Digitalkamera, alle 2 Minuten ein Fahrzeug und täglich immerhin 13 Bagger verkauft.

Die Bedeutung der Internetbranche als wichtiger **Zukunfts- und Wachstumsmarkt** in Deutschland wird weiterhin steigen. Die neuen Möglichkeiten schaffen jedoch auch vielfältige **praktische und rechtliche Problemstellungen**. Neue Kommunikationsforen und Geschäftsmodelle sowie die massenhafte Nutzung des Internets stellen besondere Herausforderungen dar.

Wir alle wollen, dass im Internet kein rechtsfreier Raum entsteht und dass rechtswidrige Handlungen auch dort wirksam bekämpft werden können. Zugleich sind wir darauf angewiesen, dass mit den von uns gewonnenen Daten sorgfältig umgegangen wird. Es darf nicht zum gläsernen Menschen kommen. Schließlich geht es auch darum, die Offenheit und Meinungsvielfalt dieses neuen Mediums zu bewahren und zu befördern.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stellt sich die Bundesregierung diesen Herausforderungen. Im Kern geht es dabei um **das neue Telemediengesetz**. In ihm sind jetzt die grundlegenden wirtschaftsbezogenen Regelungen sowohl für die Teleals auch für die Mediendienste zusammengefasst, die bislang in unterschiedlichen Gesetzen bzw. im Mediendienste-Staatsvertrag normiert wurden.

Die bisherige Unterscheidung hat sich angesichts der immer weiter fortschreitenden **Konvergenz**

im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie weitgehend überlebt. Mit diesem Gesetz wird jetzt ein vereinfachter, einheitlicher und entwicklungsöffener Rechtsrahmen geschaffen, durch den die komplizierte Abgrenzung entfallen kann. Das schafft mehr Klarheit und **Rechtssicherheit** sowohl für die Nutzer als auch für die Diensteanbieter.



Mit dem Telemediengesetz wird zudem ein übergreifendes und einheitliches **Datenschutzkonzept** für Rundfunk und Telemedien in Abgrenzung zum Datenschutz für Telekommunikation normiert. Das soll ebenfalls zusätzliche Rechtssicherheit schaffen. Diesem Ziel dienen auch die klarer geregelten Befugnisse der Diensteanbieter zur Auskunftserteilung über Nutzerdaten.

Es wurde gerade schon erwähnt: Ein besonderes Ärgernis im Internet ist das sogenannte **Spamming**, also das Senden unerwünschter E-Mails. Schutzvorschriften gibt es bereits in mehreren Gesetzen. Einerseits gibt es strafrechtliche Verbote und Sanktionen. Zudem gibt es im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zivilrechtliche Vorschriften. So können beispielsweise Verbraucherverbände gegen Spammer gerichtlich vorgehen, insbesondere auch durch schnell wirksame einstweilige Verfügungen.

Die bereits bestehenden **Anti-Spam-Vorschriften** werden nun in dem neuen Teleme-

diengesetz um einen Ordnungswidrigkeitentatbestand erweitert. Danach kann mit einem Bußgeld in Höhe von 50 000 Euro belegt werden, wer in der Kopf- oder Betreffzeile einer Werbe-E-Mail den kommerziellen Charakter der Nachricht absichtlich verschleiert oder verheimlicht.

In der vom Wirtschaftsausschuss durchgeführten **Anhörung** zum vorliegenden Gesetzentwurf hat sich im Wesentlichen zweierlei ergeben: Einerseits gibt es für die Zusammenführung der Vorschriften in einem einheitlichen Telemediengesetz eine einhellige Zustimmung, übrigens auch hier im Hause; Kollege Otto hat darauf hingewiesen. Andererseits werden bezüglich einiger Detailregelungen Verbesserungsvorschläge unterbreitet, wobei diese Vorschläge jedoch sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem, ob die Experten eher die Gesichtspunkte des Verbraucherschutzes und des Datenschutzes oder die Interessen von verschiedenen Unternehmen vertreten.

Bei der Anhörung wurden insbesondere folgende Fragestellungen beleuchtet: Ist eine noch schärfere Antispamregelung sinnvoll und zielführend, auch vor dem Hintergrund, dass etwa 85 Prozent der Spammails aus dem Ausland versendet werden, sodass ein direkter Zugriff auf die Absender faktisch nicht möglich ist? Bedarf es einer Präzisierung der Datenschutzvorschriften? Müssen einzelne Begriffsbestimmungen gesetzlich noch näher definiert werden? Und schließlich: Müssen die Verantwortlichkeitsvorschriften im Telemediengesetz, die gegenüber dem geltenden Recht unverändert geblieben sind, weiterentwickelt werden?

*(Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP): Machen wir es doch!)*

Gerade der letztgenannte Bereich der **Verantwortlichkeit** kennzeichnet einen wichtigen und entscheidenden Zielkonflikt. Einerseits wird in Teilen der Internetwirtschaft das Bedürfnis gesehen, einzelne Diensteanbieter, beispielsweise Suchmaschinen, von Verantwortlichkeiten möglichst freizustellen, unter anderem mit der Begründung, man könne anhand der Vielzahl der potenziellen Fälle das Problem nur schwer handhaben. Andererseits stehen dem die berechtigten Interessen der betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber, die beispielsweise Unterlassungsansprüche aufgrund der Verletzung von Persönlichkeitsrechten oder auch Eigentumsrechten wirksam geltend machen wollen. Eines ist klar: Allein vor der Masse dürfen wir nicht kapitulieren, wenn es um Rechtsverstöße geht.

Die in diesem Zusammenhang aufgeworfenen Probleme betreffen einen zentralen Bestandteil der Umsetzung der europäischen **E-Commerce-Richtlinie**, der hier einschlägig ist. Hierzu wird gerade eine Studie der EU erarbeitet, die bis Mitte 2007 fertiggestellt sein soll. In ihr werden die Erfahrungen der einzelnen Mitgliedsländer mit den Verantwortlichkeitsvorschriften ausgewertet.

Die Koalitionsfraktionen haben bereits im Wirtschaftsausschuss deutlich gemacht, dass sie die in der Anhörung aufgeworfenen Fragen, Herr Otto, sehr ernst nehmen

*(Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
(FDP): Wir auch!)*

und an der einen oder anderen Stelle durchaus Präzisierungs- und Änderungsbedarf sehen. Dennoch haben wir darauf verzichtet, bereits in diesem Gesetzgebungsverfahren wesentliche Änderungen an dem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorzunehmen, und uns in unserem Änderungsantrag auf wenige, nicht so gravierende Punkte beschränkt.

Dies hat einen besonderen Grund: In dem Telemediengesetz fassen wir nämlich die wirtschaftsbezogenen Vorschriften bei den Tele- und Mediendiensten zusammen, während die medienrechtlichen Bestimmungen im neunten **Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien** normiert sind, der am 1. März dieses Jahres in Kraft tritt. Bund und Länder hatten sich nämlich im Vorfeld darauf verständigt, gemeinsam für einen entsprechenden rechtlichen Rahmen zu sorgen, um auch hier eine klare Zuordnung vorzunehmen.

Um aber keinen rechtsfreien Raum zu schaffen, müssen das Telemediengesetz und der Rundfunkstaatsvertrag zur gleichen Zeit in Kraft treten. Dies stellen wir mit der heutigen Verabschiedung des Telemediengesetzes sicher. Würden wir in diesem Gesetzgebungsverfahren wesentliche Änderungen an dem Gesetzentwurf vornehmen, müssten diese bei der EU notifiziert werden, was zu erheblichen Zeitverzögerungen führen würde, sodass ein gleichzeitiges Inkrafttreten nicht mehr möglich wäre.

Deshalb, sehr geehrter Herr Otto, haben sich die Koalitionsfraktionen dafür entschieden, zusätzliche Änderungswünsche in diesem Gesetzgebungsverfahren zunächst zurückzustellen. Wir tun dies übrigens guten Gewissens, weil das neue Telemediengesetz zu einer **deutlichen Verbesserung gegenüber dem heutigen Rechtszustand** führt, was letzten Endes unbestritten ist. Bei der späteren Novellierung können wir dann die Ergebnisse der aktuellen EU-Studie zur E-Commerce-Richtlinie berücksichtigen, aus der sich aller Voraussicht nach ohnehin Änderungsbedarf ergeben wird.

Mit dem neuen Telemediengesetz schaffen wir erstmals einen einheitlichen Rechtsrahmen für Tele- und Mediendienste. Das ist ein wichtiger Schritt zu mehr Rechtssicherheit, und es ist ein wirksamer Beitrag für die Fortentwicklung des Internets. Das ist letztendlich gut für uns Nutzer und für die positive Entwicklung der Internetwirtschaft. Daher bitte ich Sie um Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Gastbeitrag von Elke Ferner (stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion)

Am 2. Februar 2007 hat der Bundestag die Gesundheitsreform verabschiedet. An dieser Stelle dokumentieren wir einen Beitrag von **Elke Ferner** zur politischen Bewertung des letzten Verhandlungsergebnisses. Als Verhandlungsführerin war sie maßgeblich am Kompromiss mit den Koalitionspartnern CDU/CSU beteiligt. Dieser Beitrag dient als Ergänzung zu ihrem Artikel in der Berlin Depesche Nr. 33 (Juli 2006). Elke Ferner ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für die Gesundheitspolitik. Sie ist seit 2004 Vorsitzende der ASF und seit 2005 stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende. Das Gesetz soll zum 1. April in Kraft treten.

Nach langwierigen und schwierigen Verhandlungen hat die Koalitionsarbeitsgruppe eine Einigung bei den noch offenen Punkten erzielt. Unter dem Strich bleibt die Gesundheitsreform ein tragfähiger Kompromiss.

- Die SPD hat eine allgemeine Versicherungspflicht für alle durchsetzen können.
- Die Strukturreformen beinhalten viele unserer Forderungen und tragen die Handschrift der SPD.
- Mit dieser Gesundheitsreform wird durch die Aufnahme von sinnvollen und medizinisch notwendigen Leistungen in den Pflichtleistungskatalog der GKV die Versorgungsqualität der Versicherten verbessert, insbesondere von älteren und schwerstkranken Patienten und Patientinnen.
- Auch in Zukunft werden alle die notwendige medizinische Versorgung erhalten und am medizinischen Fortschritt teilhaben.
- In der PKV wird durch die Portabilität der Alterungsrückstellungen und den Basistarif mit Kontrahierungszwang erstmals Wettbewerb ermöglicht.
- Die unterschiedliche Einnahmenstruktur und krankheitsbedingten Ausgaben der einzelnen Kassen werden solidarischer als bisher ausgeglichen.

Die Regelungen im Einzelnen

1. Versicherungspflicht für alle – sozialpolitischer Meilenstein

Die SPD konnte ihre Forderung nach einer Versicherungspflicht für alle durchsetzen. Damit besteht ab dem 1. Januar 2009 zum ersten Mal in der deutschen Sozialgeschichte für alle Einwohnerinnen und Einwohner die Pflicht, eine Krankenversicherung abzuschließen. Die Bezahlbarkeit der Krankenversicherung ist dabei sichergestellt. Die Versicherungspflicht ist ein sozialpolitischer Meilenstein! Detail-Regelung: Ab dem 1. Januar 2009 müssen alle Bürgerinnen und Bürger einen Krankenversicherungsschutz für ambulante und stationäre Versorgung abschließen. Für Versicherte, die dem GKV-System zuzuordnen sind, gilt dies bereits ab dem 1. April 2007. Und ab 1. Januar 2009 müssen sich alle, die weder in der GKV pflicht- bzw. freiwillig versichert sind, noch einen anderweitigen Krankenversicherungsschutz wie z. B. freie Heilfürsorge haben, in der PKV entweder über den neuen Basistarif mit Kontrahierungszwang und bezahlbaren Prämien oder in einem anderen PKV-Tarif für ambulante und stationäre Leistungen absichern.

2. Regelungen zur PKV

Zugang für Nichtversicherte in Standardtarif ab 1. Juli 2007

Nichtversicherte, die dem PKV-System zuzuordnen sind, erhalten bereits ab dem 1. Juli 2007 – und damit sechs Monate früher als im Gesetzentwurf vorgesehen – die Möglichkeit sich im bisherigen Standardtarif der PKV ohne Risikoprüfung und -zuschläge zu versichern. Es besteht Kontrahierungszwang. Für die Bezahlbarkeit (Reduzierung bei niedrigem Einkommen) gelten die gleichen Regelungen, wie sie künftig für den Basistarif ab 2009 vorgesehen sind. Damit diese Regelung nicht ins Leere läuft, muss die PKV die Behandlung der Versicherten auch in diesem neuen Standardtarif sicherstellen. Der Standardtarif wird zum 31. Dezember 2008 in den neuen Basistarif „überführt“, indem die Versicherten das Recht erhalten, in den neuen Basistarif zu wechseln.

Zugang zum Basistarif ab 1. Januar 2009

Zugang erhalten

- alle Nichtversicherten, die zum PKV-System gehören,
- alle freiwillig in der GKV Versicherten innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten nach Beendigung der Versicherungspflicht und bis zum 30. Juni 2009 alle freiwillig Versicherten, deren Versicherungspflicht vor dem 1. Januar 2009 beendet war,
- alle Bestandskunden der PKV bis zum 30. Juni 2009 in den Basistarif jedes beliebigen PKV-Unternehmens, danach in den Basistarif ihres Versicherungsunternehmens, wenn sie mindestens 55 Jahre alt sind oder durch die Zahlung der Versicherungsprämie bedürftig würden.

Dabei werden die Alterungsrückstellungen beim Wechsel vom Voll- in den Basistarif innerhalb eines Unternehmens vollständig übertragen, beim Wechsel in ein anderes Unternehmen im Umfang des Basistarifs.

Für neu PKV-Versicherte ab dem 1. Januar 2009

Ab dem 1. Januar 2009 geschlossene PKV-Neuverträge müssen das Wechselrecht in den Basistarif jedes beliebigen Unternehmens mit entsprechender Übertragbarkeit der Alterungsrückstellungen enthalten. Ab dem 1. Januar 2009 können die bereits gebildeten Alterungsrückstellungen unter folgenden Bedingungen in den neuen Vertrag übertragen werden: Vollständig: beim Wechsel vom Volltarif in den Basistarif des gleichen Versicherungsunternehmens. Im Umfang des Basistarifs: beim Wechsel in ein anderes Versicherungsunternehmen in den Volltarif oder den Basistarif. Im Basistarif besteht jeweils Kontrahierungszwang.

Bewertung des Ergebnisses bei der PKV

Die Einführung einer allgemeinen Versicherungspflicht und die Zugangsmöglichkeit für alle Nichtversicherten schon ab dem 1. Juli 2007 in den heutigen Standardtarif zu den Bedingungen des Basistarifs wiegen die Verschiebung des In-Kraft-Tretens des Basistarifs und die für Bestandsversicherte in der PKV eingeschränkte Wechselmöglichkeit vom Volltarif in den Basistarif auf. Darüber hinaus konnten wir eine Reihe von Verbesserungen und Klarstellungen für die GKV erreichen.

3. Regelungen in der GKV

Kostenerstattung

Die bisher im Gesetzentwurf vorgesehene einmalige Kostenerstattung entfällt. Damit bleibt ausgeschlossen, dass jemand sozusagen „auf dem Behandlungsstuhl“ des Arztes zur „Wahl“ der Kostenerstattung angehalten wird. Die grundsätzliche Option, Kostenerstattung als Wahltarif nach entsprechender Beratung durch die Krankenkasse freiwillig und mit Bindung von drei Jahren zu wählen, bleibt erhalten.

Reha-Leistungen

Um für die Versicherten mehr Rechtssicherheit zu schaffen, werden neben Eltern-Kind-Kuren und geriatrischer Reha auch alle anderen Reha-Leistungen in den Pflichtleistungskatalog aufgenommen. Durch die RSA-Fähigkeit dieser Leistungen entstehen den Krankenkassen im Wettbewerb keine Nachteile.

Hospize

Es konnten weitere Verbesserungen im Bereich der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung vereinbart werden: Zum einen wird auf eine außerordentliche Genehmigung der Leistung durch die Krankenkassen verzichtet und zum anderen wird klargestellt, dass auch Kinder die Leistung in Anspruch nehmen können und deren besonderen Belange zu berücksichtigen sind.

Ambulante Versorgung am Krankenhaus

Es bleibt bei der im Gesetzentwurf vorgesehenen Öffnung der Krankenhäuser zur Erbringung hoch spezialisierter ambulanter Leistungen. Insbesondere für Krebspatienten und -patientinnen ist dies eine deutliche Verbesserung, denn sie können künftig die SpezialistInnen in ausgewählten Krankenhäusern aufsuchen.

Hausarzttarif

Es bleibt bei der Verpflichtung, dass alle Kassen einen Hausarzttarif anbieten müssen und dass die Kassenärztlichen Vereinigungen hierfür kein eigenes Verhandlungsmandat erhalten.

Arzneimittel/Apotheken

Anstelle des einmaligen Beitrages der Apotheken in Höhe von 500 Millionen € wurde eine dauerhafte Erhöhung des Apothekenrabattes zugunsten der Kassen von 2 € auf 2,30 € vereinbart. Außerdem werden die Apotheken verpflichtet, bei Verschreibung von Wirkstoffen auch das Präparat, das für die jeweilige Krankenkasse am preiswertesten ist, an die Patienten und Patientinnen abzugeben. Die Krankenkassen erhalten eine Verhandlungsoption mit den Apotheken für Zytostatika (Chemotherapie). Eine noch vorhandene Lücke (sog. „Preis-

schaukel“) im Arzneimittelversorgungswirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) wird geschlossen.

Ärztehonorar

Die wesentlichen Regelungen treten bereits am 1. Januar 2009 in Kraft. Komplexe Regelungen werden vereinfacht und treten zeitlich gestreckt in Kraft. Für Ärzte und Ärztinnen in unterversorgten Gebieten können Honorarzuschläge vereinbart werden. Für hohe Qualität können Zuschläge bezahlt werden.

Hilfsmittel

Es bleibt bei dem Grundsatz, dass die Kassen die Hilfsmittel ausschreiben können. Allerdings wurde klargestellt, dass bei Hilfsmitteln, die angepasst werden müssen, z. B. Prothesen, eine wohnortnahe Versorgung sichergestellt werden muss.

Weitere Änderungen

Für den Personalübergang der Beschäftigten der bisherigen Spitzenverbände zum neuen Spitzenverband Bund konnten tragfähige Regelungen vereinbart werden. Die Vorsorgeregelung wurde so präzisiert, dass Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe zwei und drei) und Behinderung (Grad der Behinderung ab 60 %) als Nachweis zur Inanspruchnahme der 1 %-Regelung genügt, sowie dass im Einzelfall die Ärztin bzw. der Arzt belegen kann, dass die Patientin oder der Patient sich entsprechend am Genesungsprozess beteiligt, wenn kein DMP genutzt wird oder werden kann. Selbstständige können sich in Zukunft günstiger in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern. Der Mindestbeitrag für Selbstständige kann über die Satzung der Kassen entsprechend abgesenkt werden.

4. Mit den Ländern noch abzustimmende Regelungen

Insolvenzfähigkeit der Kassen

Die Koalition hat vereinbart, grundsätzlich bei der Insolvenzfähigkeit zu bleiben, in diesem Gesetzgebungsverfahren aber kein Datum für die Insolvenzfähigkeit zu nennen. Die Kassen werden verpflichtet, ab dem 1. Januar 2010 Rückstellungen für die Versorgungszusagen der DO-Angestellten zu bilden. Die Einzelheiten sowie das In-Kraft-Treten der Insolvenzfähigkeit sollen in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren geregelt werden.

Konvergenzklausel (Bayernrabatt)

Die Einzelheiten werden in einer Verordnung mit Zustimmung des Bundesrates geklärt.

Höhe der Einsparungen Krankenhäuser u. Rettungsdienste

Hier haben wir den Ländern Entgegenkommen signalisiert, unter der Voraussetzung, dass der Bundesrat auf Fristeinrede verzichtet und es nicht zu einem Vermittlungsverfahren kommt.

5. Ausblick

Das politische Ziel der SPD bleibt die solidarische Bürgerversicherung. Um das Gesundheitswesen auf Dauer auf eine sichere finanzielle Grundlage zu stellen, halten wir am Ziel fest, schrittweise eine steuerfinanzierte Finanzierungssäule für die GKV einzuführen und damit sicherzustellen, dass alle sich nach ihrer individuellen Leistungsfähigkeit an der Finanzierung beteiligen. Darüber hinaus muss die unterschiedliche Verteilung der Risiken zwischen GKV und PKV fair ausgeglichen werden.

Einsatz der SPD für die Gewerbesteuer zahlt sich aus – Gewerbesteuer erreicht mit 31 Milliarden Euro historischen Höchststand

Die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt verbessert sich weiter – trotz der schwierigen finanziellen Lage einer Anzahl von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Die kommunale Ebene als Ganzes dürfte in 2006 und 2007 wohl Finanzierungsüberschüsse erzielen. Zur rückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf das erneut kräftige Wachstum der kommunalen Steuereinnahmen. Diese entwickeln sich – mit Ausnahme des Jahres 2007 – deutlich dynamischer als jene von Bund und Ländern.

Mit 31 Milliarden Euro hat die Gewerbesteuer in 2006 einen historischen Höchststand erreicht. Dies bringt Städte und Gemeinden in stärkeren wirtschaftlichen Regionen in die Lage, längst erforderliche und aufgeschobene Investitionen zu tätigen. Nun zeigt sich, dass sich der Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion in der Vergangenheit gelohnt hat. Stets hat man sich für den Erhalt der Gewerbesteuer eingesetzt und diesen Standpunkt – auch gegen den heutigen Koalitionspartner – durchgesetzt. Mit der Einführung einer Mindestgewinnbesteuerung hat man bereits ab 2004 für eine Stabilisierung gesorgt. Die SPD weiß um die grundlegende Bedeutung der Gewerbesteuer als Einnahmequelle für die Kommunen. Für die Bundestagsfraktion war daher nicht zu akzeptieren, dass dem Ziel einer einheitlichen Bemessungsgrundlage die Gewerbesteuer als Realsteuer geopfert wird.

Die positive Gesamtentwicklung kommt auch der Stadt Köln zugute. SPD und Grüne können einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden, dem auch CDU und FDP zustimmen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Borschel, MdL hob die sozial- und familienorientierten Schwerpunkte des neuen Etats hervor und unterstrich die Handlungsfähigkeit des Rates (siehe Artikel auf Seite 5).

Finanzielle Gesundung der Kommunen

Aufgrund der bisher auch im zweiten Halbjahr 2006 positiven Entwicklung der Steuereinnahmen dürfte die kommunale Ebene insgesamt im Gesamtjahr 2006 – und wohl auch im Jahr 2007 – Finanzierungsüberschüsse erzielen. Damit setzt sich wie bereits in den Vorjahren die Gesundung der kommunalen Finanzen weiter fort.

Entscheidend ist die bereits erwähnte starke Zunahme bei den Steuereinnahmen. Die aktuelle Steuerschätzung November 2006 prognostiziert die Steuereinnahmen aller Gemeinden (einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten) für 2006 auf rund 66,8 Milliarden Euro und für 2007 auf rund 67,8 Milliarden Euro. Die Schätzungen liegen damit um jeweils rund vier Milliarden Euro über den Werten aus der Mai-Steuerschätzung.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen aller Gemeinden in den Jahren 2005 und 2006 ist eindeutig dynamischer

als bei Bund und Ländern. Nach der letzten mittelfristigen Steuerschätzung vom Mai 2006 wird dies – mit Ausnahme des Jahres 2007 – auch bis 2010 gelten.

Nach der aktuellen Steuerschätzung vom November 2006 – die nur den Zeitraum bis zum Jahr 2007 umfasst – steigen die Steuereinnahmen der Gemeinden insgesamt (einschließlich der Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten) im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um annähernd 12 %. Dazu trägt der Anstieg der Gewerbesteuer (netto) mit rund 20 % überdurchschnittlich bei. Damit liegt die Entwicklung bei den Gemeinden deutlich über dem durchschnittlichen Anstieg der Steuereinnahmen aller staatlichen Ebenen von rund sieben %. Für die kommunale Investitionstätigkeit eröffnen sich somit neue Spielräume.

Zwar ist der Zuwachs der kommunalen Steuereinnahmen in 2007 – u. a. aufgrund der Umsatzsteuererhöhung – geringer als bei Bund und Ländern, die Gemeinden partizipieren über den kommunalen Finanzausgleich aber mittelbar an den Mehreinnahmen der Länder aus der höheren Umsatzsteuer. In der Steuerschätzung ist dieser für die Gemeinden positive Effekt nicht berücksichtigt.

Stärkung des Standort Deutschlands

Die Kommunen insgesamt werden ferner von der geplanten Unternehmensteuerreform profitieren, deren Eckpunkte von der Großen Koalition beschlossen wurden. Durch die höhere Attraktivität des Standorts Deutschland werden auch die Kommunen gewinnen. Sie können damit weiterhin auf einer verlässlichen Einnahmehasis wirtschaften und profitieren von der Unternehmensteuerreform, die langfristig über mehr Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze auch den Haushalten der Städte und Gemeinden zugute kommt. Die Einschränkung vielfältiger Gestaltungsmöglichkeiten zur Steuervermeidung leistet einen wichtigen Beitrag zur Verstetigung des kommunalen Steueraufkommens. Damit sind die Voraussetzungen zur Sicherung und Stärkung der Investitionskraft der Kommunen geschaffen, die etwa 60 % aller öffentlichen Investitionen tätigen. Dies wird nicht zuletzt dem arbeitsintensiven deutschen Mittelstand nutzen.

Mit der Neuregelung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitsuchende werden die Kommunen seit dem 1. Januar 2007 – wie bereits in den Vorjahren – jährlich um deutlich mehr als die zugesagten 2,5 Milliarden Euro entlastet. Damit stehen den Kommunen – entgegen abweichender Berechnungen aus dem kommunalen Raum – auch die finanziellen Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Einrichtung eines bedarfsgerechten Angebots an Tagesbetreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung.

Bonus für Arbeit, Sozialer Arbeitsmarkt, Mindestlohn, Initiative 50plus und Ausbildungs-pakt sollen die Arbeitsmarktlage verbessern

Trotz guter Konjunktur, insgesamt sinkender Arbeitslosenzahlen und ansteigender offener Stellen gibt es weiterhin Probleme auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Insbesondere Langzeitarbeitslose, gering Qualifizierte und Ältere haben immer noch wenig Chancen, auf dem regulären Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Für Jugendliche stehen immer noch zu wenig Ausbildungsplätze und Beschäftigungsangebote zur Verfügung. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung dazu nutzen, möglichst viele Menschen in Arbeit zu bringen. Der SPD-Parteivorstand hat deshalb auf seiner Klausurtagung Anfang Januar in Bremen neue Initiativen angeregt, um den besonders benachteiligten Gruppen neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen. Hierzu zählen die Konzepte „Bonus für Arbeit“ und der „soziale Arbeitsmarkt“. Bereits angestoßene Projekte wie die Arbeitsmarktinitiative „50plus“, die Initiative für die Einführung von Mindestlöhnen und der „Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ sollen mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Bonus für Arbeit

Jede Tätigkeit, auch eine einfache Tätigkeit, verdient Respekt und Anerkennung und muss die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bieten. Allerdings bremsen hohe Abgaben, die auch für einfache Beschäftigung gezahlt werden müssen, den stärkeren Stellenaufbau in diesem Bereich.

Wir prüfen deshalb die Möglichkeit, einfache Arbeiten besser zu fördern. Durch einen „Bonus für Arbeit“ (Steuer-Gutschrift) könnten wir die Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener gezielt senken und sie so zur Aufnahme einer regulären Vollzeitarbeit motivieren – mit einem Einkommen, das über dem Arbeitslosengeld-II-Niveau liegt. Mögliche Mitnahmeeffekte durch Unternehmen, die durch die Gutschrift an billige Arbeitskräfte kommen wollen, müssen allerdings vermieden werden.

Das Modell „Bonus für Arbeit“ wurde federführend von dem Würzburger Volkswirtschaftler Prof. Peter Bofinger, der auch Mitglied der „Fünf Wirtschaftsweisen“ der Bundesregierung ist, entwickelt. Bofinger schlägt vor, dass die Steuergutschrift in der jährlichen Steuererklärung beantragt werden soll. Wird der Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen, erfolgen monatsweise Steuergutschriften. Auf diese Weise wird ein abgabenfreies Grundeinkommen eingeführt.

Singles sollen bis 750 Euro, Paare bis 1.300 Euro Verdienst ihre Abgaben vollständig vom Staat ersetzt bekommen. In einer Gleitzone bis 1.300 Euro (Singles) bzw. 2.000 Euro (Paare) wird der Zuschuss linear abgeschmolzen. Ein voller Zuschuss wird allerdings nur bei einer Arbeitszeit von über 30 Wochenstunden gezahlt, ein halber bei mindestens 15 Stunden. Zusätzlich gibt es noch eine Kinderkomponente, mit der die sonst beim Arbeitslosengeld anfallende über das Kindergeld hinausgehende Regelleistung für Kinder übernommen wird. Hierbei gibt es eine eigenständige Gleitzone von 400 Euro pro Kind.

Das Arbeitsministerium hat den Auftrag, das Bofinger-Modell bis Ende Februar 2007 durchzurechnen. Das Ergebnis der ministeriellen Prüfung wird die weitere Entwicklung der Diskussion über das „Bonus für Arbeit-Modell“ beeinflussen. Auch die Untersuchung auf die Auswirkungen auf Mini- und Midijobs und das übrige Steuer- und Transfersystem wird zusätzliche Zeit benötigen.

Sozialer Arbeitsmarkt

Auch erwerbsfähige Menschen ohne Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt brauchen eine Perspektive. Wir wollen deshalb einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ aufbauen. Er soll den ersten Arbeitsmarkt ergänzen und dauerhafte, sinnvolle und gesellschaftlich anerkannte Beschäftigungsmöglichkeiten für besonders schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose bieten.

Nach Plänen aus der SPD-Bundestagsfraktion sollen so Langzeitarbeitslose gefördert werden, die länger als ein Jahr arbeitslos sind und ALG-II beziehen. Außerdem muss bei ihnen der Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente erfolglos gewesen sein, sie müssen schwere Vermittlungshemmnisse aufweisen und nach realistischer Einschätzung in den nächsten 24 Monaten keine Chance auf einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt haben. Für sie sollen sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten geschaffen werden, die tarif- oder ortsüblich entlohnt werden. Einsatzfelder sollen sowohl Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes, soziale Betriebe als auch Integrationsunternehmen sein. Der Schwerpunkt soll auf bislang vernachlässigten Tätigkeitsfeldern liegen bis hin zur Bürgerarbeit (z.B. Concierge-Service in Wohnsiedlungen, Zusatzangebote in Alten- und Jugendpflege, Aufbereitung von Schulmöbeln, Beschäftigung in Sportvereinen etc.).

Arbeitgeber, die solche Tätigkeiten anbieten, erhalten maximal 50 % des berücksichtigungsfähigen Arbeitsentgelts, um Nachteile der Arbeitsmarktfremde der Langzeitarbeitslosen auszugleichen. Integrationsunternehmen und soziale Betriebe erhalten ggf. zusätzliche Aufwandsentschädigungen. Geförderte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen intensiv betreut werden und Weiterbildungsangebote erhalten. Die Fördervoraussetzungen werden spätestens alle 12 Monate überprüft. Die notwendigen Mittel sollen aus den Eingliederungsleistungen der SGB II-Leistungsträger kommen. Die SPD strebt für den Anfang eine Zahl von 100.000 Menschen an, die so wieder in Arbeit vermittelt werden sollen. Das Projekt wird von der SPD in die Koalitionsberatungen zum Arbeitsmarkt eingebracht.

Mindestlohn

Trotz Tarifautonomie und Flächentarifverträgen werden in einigen Branchen Löhne gezahlt, mit denen die Existenz der Menschen nicht mehr gesichert ist. Das sind die Tatsachen:

- Rund 2,5 Millionen Vollzeitbeschäftigte arbeiten bei uns heute schon für Armutslöhne. Das sind

Löhne, die unter 50 % des deutschen Durchschnittslohnes liegen.

- Die Tarifbindung nimmt ab. In Westdeutschland haben noch 68% der Beschäftigten einen Tarifvertrag, in Ostdeutschland sogar nur noch 53 %.
- Dabei gibt es auch heute schon Tariflöhne unter der Armutsschwelle mit einem Stundenlohn von drei bis sechs Euro brutto.
- Niedriglöhne verfestigen die Armut in Deutschland und sind nicht nur ein Problem von Ungelernten: Denn 60 % aller Beschäftigten im Niedriglohnbereich haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Deshalb ist aus Sicht der SPD die Einführung von Mindestlöhnen auch in Deutschland unabdingbar. Der Gewerkschaftsrat der SPD hat Vorschläge gemacht, auf welchem Weg Mindestlöhne bei uns eingeführt werden können:

- Über das Arbeitnehmerentendegesetz müssen branchenbezogene Mindestlöhne durchgesetzt werden, die von den Tarifparteien vereinbart worden sind. Das gilt bereits jetzt im Bau- und künftig auch im Reinigungsgewerbe. Das Gesetz ermöglicht Rechtsverordnungen, die alle in Deutschland tätigen in- und ausländischen Firmen einer Branche zu Mindestlöhnen verpflichten.
- Für Branchen, in denen es keine Tarifverträge gibt, diese nicht greifen oder in denen die Tariflöhne die Armutsschwelle unterschreiten, wollen wir einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn einführen.
- Dieser Mindestlohn soll sich an den Verhältnissen in vergleichbaren europäischen Ländern orientieren und bei Vollzeitbeschäftigung eine eigenständige Existenzsicherung gewährleisten.

Die SPD hat ihre Vorstellungen zu Mindestlöhnen in die Koalitionsarbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“ eingebracht. Die weiteren Schritte hängen von der Kompromissbereitschaft der Union ab.

Initiative „50plus“

Besonders ältere Menschen haben es in Deutschland schwer, beruflich Schritt zu halten oder bei Arbeitslosigkeit einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Zur Zeit sind bei uns nur noch rund 45 Prozent der über 55-Jährigen im Beruf. In der Hälfte aller deutschen Unternehmen arbeiten keine Menschen über 50.

Dies hat Auswirkungen auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung, bei der immer weniger aktive Beschäftigte für immer mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen. Außerdem können wir uns zunehmend weniger leisten, auf das Erfahrungswissen Älterer und ihre aktive Berufstätigkeit zu verzichten.

Deshalb wollen wir mit der Initiative „50plus“ die Beschäftigungsfähigkeit und Beschäftigungschancen älterer Menschen verbessern.

- Arbeitslose über 50 Jahre mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I bekommen bei Aufnahme einer geringer entlohnten Tätigkeit einen gestaffelten Lohnausgleich.
- Arbeitgeber können bei Einstellung älterer Langzeitarbeitsloser einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 36 Monaten bekommen.
- Die Finanzierung der Weiterbildung von Beschäftigten in kleinen und mittleren Betrieben wird verbessert. Qualifizierung ist der Schlüssel für längere Erwerbstätigkeit.

Ausbildung und Arbeit für die Jugend

Auch wenn die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zum Vorjahr rückläufig ist, sind Jugendliche in besonderer Weise von Arbeitslosigkeit betroffen. Der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit besteht nach wie vor in einem Schul- und Berufsabschluss.

Trotz guter Konjunktur entziehen sich immer mehr Unternehmen ihrer Ausbildungspflicht. Weniger als 25% aller Betriebe bilden heute noch aus. Trotzdem bleibt die Berufsausbildung zuallererst die Aufgabe der Wirtschaft. Unternehmen, die nicht ausbilden, handeln unverantwortlich. Die SPD ruft alle Unternehmen auf, sich stärker für die Ausbildung junger Fachkräfte zu engagieren.

- Auch 2006 haben die Partner im Ausbildungspakt mehr neue Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt als verabredet. Trotzdem: Der Pakt muss dringend weiterentwickelt werden, um den Lehrstellenmangel nachhaltig zu beseitigen. Die Wirtschaft muss sich 2007 dazu verpflichten, „zusätzliche“ und nicht nur „neue“ Ausbildungsplätze zu schaffen.
- Mit den Einstiegsqualifizierungen Jugendlicher (EQJ) machen wir junge Menschen mit schlechteren Startchancen fit für eine betriebliche Ausbildung. Das Programm ist erfolgreich. Mehr als 60% der beteiligten Jugendlichen haben den Anschluss in eine Ausbildung geschafft. Deshalb stocken wir das Programm in diesem Jahr von 25.000 auf 40.000 Plätze auf.
- Die Situation in Ostdeutschland ist besonders schwierig. Deshalb setzen wir das Ausbildungsplatzprogramm Ost bis 2009 fort: Rund 90 Millionen Euro stehen hier jährlich für 13.000 betriebsnahe Ausbildungsplätze bereit.
- Ein sinnvoller Jugendarbeitsschutz ist kein Hindernis für mehr Ausbildungsplätze. Er gewährleistet Sicherheit und Gesundheitsschutz für eine anspruchsvolle Berufsausbildung. Eine Aushöhung oder gar Abschaffung des Jugendarbeitsschutzgesetzes lehnen wir ab.

Partei Vorstand verabschiedet „Bremer Entwurf“

Manifest für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Im Anschluss an die intensiven Beratungen, mit denen die Programmkommission der SPD das vergangene Jahr beendete, hat der Parteivorstand auf seiner Klausur Anfang 2007 in Bremen den ersten vollständigen Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen.

Der „Bremer Entwurf“ gibt das Startsignal für ein Jahr des Dialogs und der politischen Diskussion. Er ist ein Manifest für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aufgerufen, sich engagiert an der Diskussion zu beteiligen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität teilen, sind eingeladen, mit der SPD eine realistische Vision für die Zukunft der Gesellschaft zu entwerfen.

Die Welt, Europa, unser eigenes Land verändern sich mit einer Wucht, der sich niemand entziehen kann. Jetzt gilt es, Antworten zu geben. Deshalb müssen die heutigen politischen Entscheidungen grundsätzlich geprüft und mit einer programmatischen Perspektive verbunden werden. Vier Aufgaben bestimmen den Weg:

- „Das 21. Jahrhundert ist das erste wirklich globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen so sehr aufeinander angewiesen.“ Mit diesen Sätzen beginnt der „Bremer Entwurf“. Die Globalisierung ist von Menschen gemacht und sie kann durch den politischen Willen der Menschen beeinflusst werden. Wir müssen dafür Handlungsmacht zurückgewinnen. Das erfordert vor allem ein starkes und geeintes, ein soziales und demokratisch organisiertes Europa.
- Wissenschaft und Technologie sind die großen Antriebskräfte menschlicher Entwicklung. Der technische und soziale Fort-

schritt ist unsere große Chance. Mit einer Politik der neuen Wertschöpfung, die offensiv neue Märkte erschließt, können wir ökologische Probleme überwinden, qualitatives Wachstum und Arbeit ermöglichen.

- Zu viele Menschen sind vom Zugewinn der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Zu viele haben keine Aussicht auf sozialen Aufstieg durch eigene Leistung. Der Vorsorgende Sozialstaat ist eine Produktivkraft, die unser Land ökonomisch stärkt und sozial zusammenhält. Er investiert in die Fähigkeiten der Menschen, sorgt für gerechte Teilhabe und soziale Sicherheit.
- Auf allen Ebenen unserer Politik wollen wir die Kräfte der Selbstorganisation einer solidarischen Bürgergesellschaft entfalten. Sie sind ein großes Potential der Sozialen Demokratie in unserer Zeit.



Wer sich stark macht für die Soziale Demokratie, kann die Gesellschaft bewegen und verändern. Das will die SPD in diesem Jahr deutlich machen. Eintreten für die Soziale Demokratie lohnt sich, in unserer Gesellschaft und als Mitglied der SPD.

Im Oktober wird der Hamburger Parteitag das neue Grundsatzprogramm verabschieden. Die SPD geht mit Zuversicht in das neue Jahrhundert. Es geht darum, mehr Bürgerinnen und Bürger für die Ziele der Sozialdemokratie zu begeistern und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft um politische Mehrheiten zu kämpfen.

Fahrplan für die Programmdebatte bis zum Parteitag in Hamburg

Startsignal für ein Jahr des Dialogs und der politischen Diskussion

Das Jahr 2007 ist für die SPD das Jahr des Dialogs.

- Wir wollen mit der Diskussion über unser neues Grundsatzprogramm die politische Zukunftskompetenz der SPD stärken.
- Wir wollen auf allen Ebenen den Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen über unsere Werte und Ziele führen.
- Wir wollen mehr Menschen dazu bewegen, in die SPD einzutreten.
- Wir wollen jedem Mitglied die Chance bieten, sich aktiv am Programmprozess zu beteiligen.

„Eintreten. Für die Soziale Demokratie“, lautet unser Motto. Unser Programm soll mobilisieren und mehr Menschen gewinnen, die als Mitglied der SPD für politische Mehrheiten kämpfen. Der im Januar beschlossene „Bremer Entwurf“ gibt das Startsignal für ein Jahr des Dialogs und der politischen Diskussion.

Er ist ein Manifest für Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert. Alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind aufgerufen, sich engagiert an der Diskussion zu beteiligen. Alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität

teilen, sind eingeladen, mit uns eine realistische Vision für die Zukunft unserer Gesellschaft zu entwerfen.

Die Dialogkampagne 2007 verbindet Programmdebatte und Mitgliederwerbung. Die Mitwirkung am neuen Grundsatzprogramm stärkt nicht nur die Verbundenheit der Mitglieder mit der Partei. Sie ist auch ein starkes Eintrittsmotiv.

Deshalb geben wir allen Mitgliedern und Interessierten die Möglichkeit, sich direkt an der Programmdebatte zu beteiligen und über die Zukunft der Partei mit zu entscheiden. Es gibt Millionen Menschen, die unsere Ziele teilen. Die Diskussion um unser Grundsatzprogramm bietet die Chance, sie einzubinden und dauerhaft als Mitglieder zu gewinnen.

Die Maßnahmen und Angebote der Dialogkampagne:

Kick-Off (Januar)

Der Parteivorstand hat auf seiner Klausurtagung am 6./7. Januar in Bremen den Programmentwurf („Bremer Entwurf“) beschlossen.

Mit dem Versand der Beitragsquittung erhalten alle Mitglieder Informationen über die Sonderaktion „Mein Eintritt“. Mit der Februar-Ausgabe des „vorwärts“ erhalten alle Mitglieder den „Bremer Entwurf“.

Mobilisierung und Aktivierung (Februar-April)

Auf vier regionalen Programmkonferenzen werden der Entwurf und die Kampagne vorgestellt und diskutiert.

Die Termine:

- 11. Februar: Nord, Bremen

(Landesorganisation Hamburg, Bremen, Landesverband Schleswig-Holstein, Bezirk Weser-Ems, Hannover, Braunschweig, Nord-Niedersachsen)

- 24. Februar: Ost, Berlin

(Landesverbände Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen, Sachsen)

- **10. März: West, Bonn**

(Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland)

- 11. März: Süd, Nürnberg

(Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg und die Bezirke Hessen-Nord und Hessen-Süd)

Mitgliederbefragung: Mit der März-Ausgabe des „vorwärts“ erhalten alle Mitglieder die Möglichkeit, im Rahmen einer Mitgliederbefragung zu den wichtigsten Inhalten des Programmentwurfs eine direkte Stellungnahme abzugeben. Einsendeschluss für die Fragebögen ist der 5. April. Am 23. April werden die Ergebnisse der Mitgliederbefragung veröffentlicht und als Diskussionsgrundlage an die Unterbezirke weitergeleitet. Es wird eine unterbezirksgenaue Auswertung der Mitgliederbefragung geben.

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Rechtzeitig zu den Regionalkonferenzen erscheint außerdem ein Kampagnenhandbuch, das alle wichtigen Infor-

mationen über die Kampagne und Tipps für die Arbeit vor Ort enthält.

In der Woche der Ortsvereine vom 19. bis 25. März sollen möglichst alle Ortsvereine eine Diskussionsveranstaltung zum Programmentwurf durchführen. Hier besteht die Möglichkeit, das Programm auf Basis des Fragebogens zu diskutieren. Zusätzlich zu den schriftlichen und elektronischen Informationen, Medienberichten und Informationen im Internet wollen wir mit der Aktion „Rotes Telefon“ den direkten Draht zwischen dem SPD-Parteivorstand/Willy-Brandt-Haus und den Entscheidungsträgern in den Gliederungen „glühen“ lassen.

In der Zeit vom 29. Januar bis 10. Februar 2007 wird der Generalsekretär in Schaltkonferenzen, aufgeteilt nach Bundesländern, mit den UB-Vorsitzenden den Ablauf der gesamten Kampagne diskutieren, Anregungen und Wünsche aufnehmen, die Mitgliederkonvente und die weitere Umsetzung beraten. Nach den regionalen Programmkonferenzen werden bis zum 15. März mit den Ortsvereinsvorsitzenden in den jeweiligen Unterbezirken bzw. Kreisverbänden die Vorbereitung und Umsetzung der Woche der Ortsvereine und die Mitgliederbefragung diskutiert und weitere Wünsche und Anregungen beraten. Im Internet wird unter www.eintreten.spd.de eine Dialogplattform eingerichtet.

Dialog und Debatte (Mai-August)

In jedem Unterbezirk soll es einen „Mitgliederkonvent“ zum Programm geben. Alle Mitglieder sollen eingeladen werden und die Möglichkeit bekommen, sich an der Debatte zu beteiligen. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung fließen in die Konvente ein. Der Parteivorstand unterstützt die Mitgliederkonvente. Parallel zur Mobilisierung und Einbindung unserer Mitglieder werden im Rahmen der Dialogkampagne Schulungen für Werberinnen und Werber durchgeführt.

Meinungsbildung und Zuspitzung (August-Oktober)

In dieser Phase wird die Meinungsbildung in den Gliederungen zum Programmentwurf abgeschlossen. Den Höhepunkt bildet der Hamburger Bundesparteitag vom 26.-28. Oktober mit der Beschlussfassung des „Hamburger Programms“.

Die Ortsvereins-Offensive

Zentrales Element der Mitgliederwerbung soll die Ortsvereins-Offensive sein. Ziel der Offensive ist es, mehr Mitglieder durch bessere Qualität in der Arbeit vor Ort zu gewinnen. Dies geschieht durch individuelle öffentliche Zielversprechen.

Das Willy-Brandt-Haus bietet im Rahmen der Ortsvereins-Offensive neben der Erstellung eines Musterjahresplans mit möglichen Zielsetzungen viele weitere Dienste an. Diese reichen von Argumentationskarten und Werbematerialien bis hin zu Grundlagenschulungen für Projektverantwortliche. Die Landesverbände und Bezirke führen regionale Good-Practice-Foren durch und begleiten die Ortsvereine bei der Durchführung von Projekten. Sie benennen außerdem die Projektverantwortlichen und koordinieren deren Einsatz vor Ort.

Beitrag zur Programmdebatte der SPD von Prof. Peter Bofinger

An dieser Stelle dokumentieren wir einen Beitrag, den Prof. Peter Bofinger im Rahmen der Reihe „100 kluge Köpfe“ zur SPD-Programmdebatte verfasst hat. Alle Beiträge werden fortlaufend auf der Internetseite www.programmdebatte.de eingestellt.

Prof. Peter Bofinger ist Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, Geld und internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität Würzburg. Er ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung („Fünf Wirtschaftsweisen“) und hat das Modell „Bonus für Arbeit“ mitentwickelt, das der SPD-Parteivorstand aufgegriffen hat (siehe Artikel auf Seite 12).

Soziale Marktwirtschaft in einer globalisierten Wirtschaft

In Deutschland geht die Angst vor der Globalisierung um. Immer mehr Menschen sehen ihren Arbeitsplatz und ihren Wohlstand bedroht und die Zukunft ihrer Kinder in Gefahr. Bisher ist der Politik nicht gelungen, auf diese tief sitzenden und berechtigten Befürchtungen eine klare Antwort zu formulieren. Deshalb besteht die wichtigste politische Aufgabe darin, die Rolle des Nationalstaates im 21. Jahrhundert klar zu bestimmen. Im Bereich der Wirtschaft geht es dabei primär um die Zukunftsfähigkeit des Modells der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung.

1. Was bedeutet „Soziale Marktwirtschaft“?

Für eine solche Positionsbestimmung muss man sich zunächst der Funktionen bewusst sein, die derzeit von diesem System wahrgenommen werden. Die *Soziale Marktwirtschaft* ist im Kern ein *wettbewerbliches System*, was nicht von vornherein unsozial sein muss.

Der Markt bietet vielmehr eine geniale Transformation von individuellem Egoismus in ein gesamtwirtschaftlich positives Verhalten: „Nicht vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers erwarten wir, was wir zum Essen brauchen, sondern davon, dass sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen.“ Damit eine Wirtschaft in dieser Weise funktioniert, braucht es Akteure, die *langfristig* denken. Des Bäckers Eigenliebe sorgt nur dann für gute Brötchen, wenn er auf seinen guten Ruf bedacht ist. Dass es vielen Akteuren – vor allem auf den Finanzmärkten – an einem solchen Langfrist-Denken fehlt, ist eine der konzeptionellen Schwächen der Marktwirtschaft.

Die *Soziale Marktwirtschaft* ergänzt die „unsichtbare Hand“ des Marktes in dreierlei Hinsicht:

a) Sie sorgt für *sozialen Ausgleich* zwischen den Leistungsfähigen, die im Marktprozess hohe Einkommen erzielen können, und den Leistungsschwachen, die dabei zu kurz kommen würden. Man findet daher in fast allen Ländern staatliche Umverteilungsmechanismen, mit denen Transfers an die sozial Schwächeren geleistet werden können.

b) Die Soziale Marktwirtschaft bietet darüber hinaus *kollektive Versicherungsmechanismen* für die großen Lebensrisiken. Hohe individuelle Risiken (z.B. Verlust des Arbeitsplatzes, schwere Krank-

heit) werden durch die Zahlung einer monatlichen Prämie erheblich reduziert.

c) Mit einem kostenlos bereitgestellten und qualitativ hochwertigen Bildungssystem leistet die Soziale Marktwirtschaft schließlich auch einen wichtigen *Beitrag für die Zukunftsfähigkeit* einer Gesellschaft. Hier verbindet sich die Umverteilungsfunktion mit einer Versicherungsfunktion, indem der Staat dem einzelnen das Risiko abnimmt, mit hohen Bildungsausgaben gleichsam in Vorleistung zu gehen.

2. Die Notwendigkeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ unter den Bedingungen der Globalisierung

Was bedeutet die Globalisierung für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft und was ergibt sich daraus für diese zentralen Funktionen?

- Für *Volkswirtschaften insgesamt* spricht alles dafür, dass sie durch eine steigende weltwirtschaftliche Arbeitsteilung ihren Wohlstand steigern können. Globalisierung ist kein statisches Nullsummen-Spiel, sondern ein dynamischer Prozess, von dem alle beteiligten Länder profitieren können.
- Für *einzelne Gruppen* innerhalb eines Landes kann die Globalisierung jedoch zu einer Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse führen. Sie wirkt sich in Deutschland ganz konkret zu Lasten der Menschen mit geringer Qualifikation aus.

Was bedeutet das für die Umverteilungsfunktion einer Sozialen Marktwirtschaft? Wollte man auf sie verzichten oder sie zumindest einschränken, liefe man Gefahr, dass der an sich vorteilhafte Prozess der Globalisierung von immer mehr Menschen als ein Verlust an Wohlstand erfahren würde. Dies würde unweigerlich dazu führen, dass der heute vorhandene, breite politische Konsens für offene Märkte in Gefahr geriete. In den Worten des Vorsitzenden der US-Notenbank, Ben Bernanke: „The challenge for policymakers is to ensure that the benefits of global economic integration are sufficiently widely shared (...) so that a consensus for welfare-enhancing change can be obtained.“

Es ist daher konsequent, dass es gerade in sehr marktwirtschaftlich ausgerichteten Ländern wie den Vereinigten Staaten und Großbritannien For-

men einer *negativen Einkommensteuer* gibt, mit denen dafür gesorgt wird, dass Arbeitnehmer mit sehr geringen Markteinkommen einigermaßen über die Runden kommen. Die mit der Globalisierung einhergehende größere Unsicherheit wirtschaftlicher Prozesse legt es nahe, behutsam mit den kollektiven Versicherungssystemen, wie z.B. der Arbeitslosenversicherung umzugehen. Wenn man den dadurch gewährten Versicherungsschutz reduziert, erhöht man die Risiken auf der individuellen Ebene.

Eigenverantwortung klingt zwar gut, aber ist nicht immer einer Versicherungslösung überlegen. Niemand würde dafür plädieren, den Versicherungsschutz bei der Kfz-Haftpflicht abzuschaffen, um damit eine eigenverantwortlichere Fahrweise zu fördern.

Ein geringerer Versicherungsschutz wird vor allem dann als problematisch empfunden, wenn gleichzeitig die Risiken zunehmen. Genau das ist das Problem vieler Arbeitnehmer, die der Gefahr ausgesetzt sind, schon nach einem Jahr ohne Arbeitsplatz auf der untersten Stufe der Gesellschaft zu landen. Eigenverantwortung führt so zu einem risikoscheuen individuellen Verhalten. So wird in Deutschland extrem viel Geld gespart, nur wenige investieren in Immobilien. Besonders beunruhigend ist die Tatsache, dass immer weniger Kinder in die Welt gesetzt werden.

Es mag aus einer betriebswirtschaftlichen Sicht sinnvoll sein, möglichst viele Risiken auf den einzelnen Arbeitnehmer zu übertragen, um damit die Unternehmen von den Kosten kollektiver Sicherungssysteme zu entlasten. Auf längere Sicht ist das für die volkswirtschaftliche Dynamik jedoch nicht unbedingt vorteilhaft. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass die Absicherung vor Alltagsrisiken private Initiative schwächt. So wie ein Bergsteiger oft nur mit Steigeisen und Seil auf den Gipfel kommt, so bieten gute kollektive Sicherungsmechanismen dem Einzelnen erst die Möglichkeit, individuelle ökonomische Risiken zu wagen.

Was bedeutet die Globalisierung für die Rolle des Staates als Investor in Bildung? Es ist bekannt, dass in Deutschland – verglichen mit anderen OECD-Ländern – zu wenig Geld ausgegeben wird für die Grundschulen und den Sekundarbereich I. Zugleich ist der Anteil der jungen Menschen, die ein Studium aufnehmen, erschreckend gering. Und es ist unstrittig, dass wir die Zukunft nicht mit unseren Kartoffeln oder unseren schönen Landschaften gewinnen werden, sondern nur damit, dass wir möglichst viele kluge Köpfe haben.

Ein Rückzug des Staates als Investor in Humankapital wäre in dieser Situation fatal. Aus ökonomischer Sicht kann man einen Staat, der heute Bildungsleistungen kostenlos bereitstellt, durchaus als einen „venture capital investor“ ansehen, der in viele junge Menschen investiert, um dann in der Zukunft über höhere Steuereinnahmen an den wirtschaftlichen Erfolgen dieses Investments zu

profitieren. Ist das nicht die überlegende Strategie gegenüber einem Ansatz, bei dem man heute Studiengebühren einführt und gleichzeitig die Steuern senkt?

Sozialer Ausgleich, kollektive Versicherungssysteme und staatliche Investitionen in Humankapital sind deshalb unter den Bedingungen einer zunehmenden Globalisierung wichtiger denn je. Nur so kann man vermeiden, dass dieser Prozess die Politiker in die Arme des Protektionismus treibt und die Bürger so verunsichert, dass sie immer weniger den Mut zu individuellen Zukunftsinvestitionen aufbringen.

3. Wie muss eine Neue Soziale Marktwirtschaft ausgestaltet werden?

Aber lassen sich diese Aufgaben finanzieren? Ist es also unter den Bedingungen der Globalisierung überhaupt noch möglich, dass sich ein Staat in dieser Weise seiner Bürger annimmt?

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren die Vorstellung breit gemacht, dass man die Herausforderungen der Zukunft nur bewältigen kann, wenn man die Rolle des Staates zurücknimmt. Konsequenterweise ist die Staatsquote, d.h. der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt, in Deutschland von 1999 bis heute um zwei Prozentpunkte gesunken. Doch das ist ein deutscher Sonderweg. In den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion ist die Staatsquote seit 1999 nahezu konstant geblieben und sie wird 2007 um zweieinhalb Punkte höher sein als bei uns. Da alle diese Länder wirtschaftlich erfolgreicher sind als wir, ist es nicht evident, dass sich dieser Sonderweg ausgezahlt hat oder dass er gar unvermeidlich ist.

Dass das Modell eines kraftvollen Staates zukunftsfähig ist, verdeutlichen die skandinavischen Staaten. Sie bieten ihren Bürgern eine hohe soziale Absicherung, ein exzellentes Bildungssystem und eine hervorragende Infrastruktur. Doch dieses Modell eines Fünf-Sterne Hotels mit „all inclusive Leistungen“ ist nur zu betreiben, wenn man dafür auch hohe Abgaben fordert. Ganz entgegen der in Deutschland vorherrschenden Lehre geht das einher mit wirtschaftlicher Dynamik, geringer Arbeitslosigkeit und soliden öffentlichen Finanzen.

Es besteht also keine Zwangsläufigkeit der Art, dass in der globalen Wirtschaft nur das Modell des „Magerstaats“ zukunftsfähig ist. Vielmehr birgt ein defensiver Ansatz, wie wir ihn bisher verfolgt haben, die Gefahr, dass wir gegenüber jenen Ländern zurückfallen, in denen sich der Staat proaktiv für die Zukunftsfähigkeit seiner Bürger einsetzt.

Ein Plädoyer für die Soziale Marktwirtschaft darf sich nicht darauf beschränken, dass alles so bleiben soll, wie es schon immer war. Soziale Systeme sind nur überlebensfähig, wenn es ihnen gelingt, frühzeitig auf Änderungen ihrer Umweltbedingungen zu reagieren.

Dass das „System Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland eine solche Adaptionsfähigkeit aufweist, kann man am besten am Beispiel der gesetzlichen Rentenversicherung demonstrieren. Hier ist die Demografie die ganz große Herausforderung. Einfache ökonomische Logik besagt, dass sich eine Generation, die weniger Kinder in die Welt setzt als die Generation ihrer Eltern, auch mit einem geringeren Rentenniveau zufrieden geben muss. Dass wurde schon von der Regierung Kohl erkannt, die bereits in den neunziger Jahren erhebliche Leistungseinschränkungen vorgenommen hatte. Weitere gravierende Einschnitte kamen mit der Riester-Rente im Jahr 2001 und mit dem Rentennachhaltigkeitsgesetz im Jahr 2004. Insgesamt sind die Renten damit sicher, allerdings auf einem deutlich abgesenkten Niveau. Und was entscheidend ist, diese notwendigen Reformen, konnten im Konsens aller politischen Kräfte umgesetzt werden.

Eine große Herausforderung der sozialen Marktwirtschaft ist die Entwicklung von der Industrie zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft. Sie bringt es mit sich, dass die klassische Trennungslinie zwischen abhängiger Tätigkeit und Selbständigkeit immer mehr verschwimmt. Damit stellt sich ein Problem für alle sozialen Versicherungssysteme, da sie sich auf abhängig Beschäftigte beschränken. Wenn mit diesen Systemen dann zugleich Umverteilung betrieben wird, ist es nicht verwunderlich, wenn viele Bürger bestrebt sind, sich als „selbständig“ zu deklarieren, um sich so dieser Form der Solidarität zu entziehen. Das führt dies zu einer gefährlichen Erosion der Finanzierungsbasis der sozialen Versicherungssysteme.

Eine Neue Soziale Marktwirtschaft muss deshalb Formen einer „Bürger-Versicherung“ finden, bei denen die Versicherungspflicht unabhängig vom konkreten Beschäftigungsstatus besteht. „Bürger-Modelle“ bei den Sozialen Sicherungssystemen setzen allerdings nicht zwingend voraus, dass der Staat auch alle Versicherungsleistungen selbst anbietet. Dies gilt insbesondere für die Krankenversicherung. Hierfür hat der Sachverständigenrat das Modell einer „Bürgerpauschale“ entwickelt. Es kombiniert eine allgemeine Versicherungspflicht mit einer privatwirtschaftlichen Versicherungsorganisation.

4. Soziale Marktwirtschaft: Ein Erfolgs- und kein Auslaufmodell

Man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass unsere Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten in ein noch unruhigeres ökonomisches Fahrwasser als bisher geraten wird. Wenn der Kurs in Richtung offene Märkte beibehalten werden soll, wird es daher mehr denn je darauf ankommen, dass sich die Menschen in Deutschland nicht schutzlos den Kräften des Marktes ausgesetzt fühlen. Das erfordert tendenziell eher mehr als weniger sozialen Ausgleich (vor allem in der Form einer negativen Einkommensteuer), eine aktivere Bildungspolitik und effiziente kollektive Sicherungsmechanismen. Die skandinavischen Länder verdeutlichen dabei, dass es möglich ist, einen kraftvollen Staat so zu organisieren, dass aus der Sicht der Bürger und der Unternehmen das Preis-Leistungsverhältnis stimmt.

SERIE: „SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE“

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



In der „Berlin Depesche“ erscheint seit 2003 unter dem Titel „Sozialdemokratische Köpfe“ eine eigene Reihe, in der wir anhand einer Kurzbiografie und eines selbst entwickelten Fragebogens bekannte Politikerinnen und Politiker der SPD vorstellen.

Für alle, die früher erschienene Portraits nachlesen wollen: In der **Sonderausgabe 8 der Berlin-Depesche** sind aus den Jahren 2003 bis 2005 die Portraits folgender Personen abgedruckt:

Franz Müntefering, Wolfgang Thierse, Wolfgang Clement, Heidemarie Wieczorek-Zeul,

Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Edelgard Bulmahn, Manfred Stolpe, Angelica Schwall-Düren, Nicolette Kressl, Michael Müller, Klaus Uwe Benneter, Sigmar Gabriel, Martin Schulz, Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Gesine Schwan, Hans-Jürgen Wischnewski und Hans-Jochen Vogel.

Zuletzt sind erschienen: **Uli Kelber, Elke Ferner, Kurt Beck, Frank-Walter Steinmeier, Günter Verheugen und Joachim Poß.**

→ Die Sonderausgabe mit Portraits aus den Jahren 2003 bis 2005 kann auf unserer Homepage abgerufen werden: www.martin-doermann.de (unter „Texte“)

Vorgestellt: Hannelore Kraft

Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD in NRW

Biografie

geboren am 12. Juni 1961 in Mülheim an der Ruhr, verheiratet, ein Kind



Beruflicher Werdegang:

1980 Abitur

1980-1982 Ausbildung zur Bankkauffrau; Kaufmannsgehilfenbrief

1982-1989 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität/Gesamthochschule Duisburg

1986-1987 Auslandsstudium am King's College, London, Praktikum bei der Banque Populaire Tours, Frankreich, Praktikum bei der PROGNOSE AG, Basel, Schweiz

seit 1989 Diplom-Ökonomin

1989 - 2001 Beraterin und Projektleiterin beim Zentrum für Innovation und Technik NRW (ZENIT GmbH), Leiterin des Euro Info Centres bei ZENIT (Netzwerk der EU-Kommission zur Information

und Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen über europäische Themen)

Politischer Werdegang:

seit 1994 Mitglied der SPD

seit 1995 Mitglied des Unterbezirksvorstandes Mülheim der SPD

seit Juni 2000 Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

2001-2002 Ministerin für Bundes- und Europangelegenheiten

2002-2005 Ministerin für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen

seit Juni 2005 Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen

seit November 2005 Mitglied des SPD-Bundesvorstands

seit Januar 2007 SPD-Landesvorsitzende in NRW

10 persönliche Fragen an Hannelore Kraft:

1. **Welche politischen Vorbilder haben Sie?**

Keine

2. **Wen würden Sie gerne einmal treffen?**



Dalai Lama und Bill Clinton

3. **Ihre liebsten Urlaubsziele?**

Sportschule Sundern-Hachen, Sauerland

4. **Ihre Leidenschaften?**

Politik

5. **Ihr politisches Leitmotiv?**

Politik von Mensch zu Mensch

6. **Ihre Lieblingsfilme?**



Independence Day, Männer

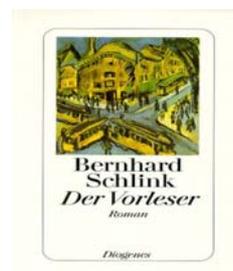
7. **Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?**

Ich höre alles, von Klassik bis Topaktuell, von Whitney Houston und Eros Ramazotti

8. **Wen oder was nehmen Sie auf eine einsame Insel mit?**

Meinen Mann und meinen Sohn

9. **Ihre Lieblingsbücher?**



„Der Vorleser“ von Bernhard Schlink

10. **Über wen lachen Sie am liebsten?**

Meinen Sohn, wenn er Stoiber oder Beckenbauer nachahmt

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2007

Sitzungswochen sind die: 3., 5., 9., 10., 12., 13., 17, 19., 21., 24., 25., 27., 37., 38., 41., 43., 45., 46., 48. und 50. Woche.

In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

Infos zu Martin Dörmann, MdB

Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**.

SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort u.a. Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Homepage www.martin-doermann.de

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine Homepage.

Büroanschriften

Martin Dörmann, MdB

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Unter den Linden 50, Raum 5003
Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

eMail: martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam: Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller

Internet-Homepage:

www.martin-doermann.de

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Telefon: 02203 / 52144
Fax: 02203 / 51044
Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

eMail:

martin.doermann@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Telefon: 0221 / 8704302
Mitarbeiter: Ralf Steinmeier
(Webmaster Homepage)

eMail:

newsmail@netcologne.de

Büro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Albertusstraße 40-46
50667 Köln (Innenstadt)
Tel. 0221 / 925981-17
Fax 0221 / 925981-50
Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

eMail:

renate.dinkelbach.nrw@spd.de



IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

Herausgeber:

Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

Redaktion dieser Ausgabe:

Martin Dörmann (verantwortlich), Dr. Marc Drögemöller

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: martin.doermann@bundestag.de (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

www.martin-doermann.de.

